

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben diesen Antrag „Erwerbspotenziale besser ausschöpfen - mehr Frauen in die Chefetagen“ in den Landtag eingebracht, weil wir der Meinung waren, dass sich die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben deutlich verbessern muss.

Ich habe bereits in der ersten Beratung zu diesem Thema vorgetragen, wie es um die Beschäftigung von Frauen und deren Bezahlung sowie deren Anteil in Führungspositionen in der Wirtschaft bestellt ist. Die wirtschaftliche Entwicklung ist dramatisch davon abhängig, dass wir zukünftig mehr qualifizierte Frauen im Erwerbsleben unterbringen können. Meine Fraktion und ich sind uns durchaus bewusst gewesen, dass solch ein Antrag vielleicht nicht eins zu eins im Landtag beschlossen wird.

Ich war aber schon der Meinung, dass wir uns zumindest in den Zielen einig wären, dass es nämlich zu einer Veränderung dieser schwierigen Situation kommen muss, dass wir mehr Frauen in Chefetagen brauchen, dass wir mehr Engagement der Betriebe bei der Berücksichtigung familiärer Aspekte benötigen und dass wir eine gleiche Bezahlung für Arbeitsleistungen von Männern und Frauen in gleichen Berufen brauchen.

Ich war mir auch sicher, dass auch die rechte Seite dieses Hauses zumindest in diesen Zielen übereinstimmt. Doch weit gefehlt. Die Wortbeiträge, die wir bei der ersten Beratung im Plenum erleben mussten, waren schon starker Tobak. Ich erinnere mich noch an den Wortbeitrag der Kollegin Frau König von der FDP-Fraktion. Ich will ihn eigentlich an dieser Stelle nicht mehr extra erwähnen.

Das war in frauenpolitischen, selbst in wirtschaftspolitischen Zusammenhängen nicht Stand der Dinge, wie man es so schön sagt.

Bei den Beratungen zum Antrag hat mich vor allen Dingen eines betroffen gemacht: Anhand dieses Antrags ist wirklich deutlich geworden, welche Auswirkungen es hat, wenn man die Frauenpolitik in einem Bundesland fünf Jahre lang brachliegen lässt.

Wenn wir eine für Frauenpolitik zuständige Ministerin in diesem Bundesland hätten, die sich in der Tat für die Frauen einsetzen würde, dann wäre es gar nicht erst zu solchen Wortbeiträgen gekommen wie z. B. in der ersten Beratung in diesem Hause und wie wir sie in der sozialpolitischen Debatte gestern in dem Wortbeitrag von Herrn Böhlke oder auch im Umgang des Wissenschaftsministers mit starken Frauen als Gegenspielerinnen erlebt haben.

Meine Damen und Herren,
in der Frauenpolitik ist diese Landesregierung um Lichtjahre nach hinten gefallen. Ich habe den Eindruck, dass selbst Adenauer und Scheel in der Frauenpolitik fortschrittlicher waren als Sie.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Glauben Sie das eigentlich selbst?)

Ja. Herr McAllister, wie ist es denn zu erklären, dass die CDU die Herdprämie auch noch als moderne Familienpolitik verkauft? Das ist ein Rückschritt in die Vergangenheit!

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist doch eine Unverschämtheit, was Sie da sagen, Frau Heiligenstadt!)

Herr Althusmann, wissen Sie, was passiert, wenn diese Herdprämie wirklich irgendwann einmal Realität werden würde?

(Bernd Althusmann [CDU]: Das Thema ist viel zu wichtig, als dass Sie hier so rumätzen! - Zuruf von der CDU: Was sagen Sie denn inhaltlich, Frau Heiligenstadt?)

Ich hoffe, dass es nicht dazu kommen wird. Aber wissen Sie, was das für die Frauen in erster Linie bedeutet, wenn sie doch einmal Realität werden sollte? Es können im Übrigen auch Männer zu Hause bleiben. Aber wir wissen doch, wie es ausgeht, wenn Frauen sich plötzlich zu Hause rechtfertigen müssen, weil sie arbeiten wollen, aber doch lieber zu Hause bleiben sollen, weil sie dann wegen der Steuerprogression etwas mehr Geld verdienen.

(David McAllister [CDU]: Es ist gerade umgekehrt!)

So sieht es doch aus. Wir haben in unserem Antrag deshalb auch das Ehegattensplitting mit untergebracht, weil unserer Meinung nach die erneute Beschäftigungsaufnahme nach einer Kinderpause nicht durch solche steuerlichen Restriktionen behindert werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren,
frauenpolitisch ließe sich eine ganze Menge sagen. Ich möchte allerdings zusammenfassen: Wirtschaftspolitisch und auch für die Gesamtgesellschaft ist es extrem wichtig, dass wir die Frauen stärker im Erwerbsleben unterbringen. Das haben wir im Übrigen auch in der Enquete-Kommission behandelt. Wir sind auch in der gesamten Enquete-Kommission zu weitergehenden Entschlüssen bereit gewesen. Wie sieht denn die Situation in Niedersachsen aus? - Die Frauenerwerbstätigenquote in Niedersachsen ist nach wie vor am unteren Ende der Skala. Hinzu kommen all die Begleiterscheinungen für die Betriebe. Wir haben schon im Moment einen Facharbeitermangel. Und Sie weigern sich, ein Maßnahmenpaket aufzulegen. In den Beratungen waren Sie noch nicht einmal bereit, Änderungsvorschläge zu machen, damit wir wenigstens darüber nachdenken können, inwieweit man dort etwas verbessern kann.

Meine Damen und Herren,
wirtschaftspolitisch hätte man diesen Antrag auch durchaus gemeinsam verabschieden können. Sie waren aber nicht dazu bereit, weil Ihre frauenpolitische Denkweise wohl noch etwas in den vergangenen Jahrzehnten stecken geblieben ist. Das war leider so. Aber ich hoffe, dass sich das nach dem 27. Januar ändern wird.